

# Klimaschutzprogramm ist Motor für Wachstum und Beschäftigung

500.000 neue Jobs bis 2020/Gabriel stellt Studie zu den wirtschaftlichen Effekten des Meseberg-Pakets vor

Die ambitionierte Klimaschutzpolitik der Bundesregierung führt bis zum Jahr 2020 im Saldo aller gesamtwirtschaftlichen Effekte zu 500.000 zusätzlichen Jobs. Bis 2030 können es sogar 800.000 Stellen sein. Das geht aus dem Zwischenbericht einer Studie zu den Wachstums- und Beschäftigungseffekten des Integrierten Energie- und Klimaprogramms der Bundesregierung hervor. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel: "Die Ergebnisse zeigen: Klimaschutz ist ein Konjunkturprogramm. Wer Wachstum und Beschäftigung will, muss auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz setzen. Mit den zusätzlichen 500.000 Jobs durch aktiven Klimaschutz kann die Zahl der Arbeitslosen auf unter 3 Millionen gesenkt werden." In Deutschland arbeiten inzwischen fast 1,8 Millionen Menschen im Bereich des Umweltschutzes.

Gabriel stellte den Zwischenbericht am 9. Juni 2008 auf der vom Bundesumweltministerium veranstalteten Konferenz "Wachstum, Beschäftigung und Klimaschutz" vor. An der Konferenz nehmen führende Vertreter deutscher Unternehmen, der Banken sowie der Klimaforschung teil. Die Studie "Investitionen für ein klimafreundliches Deutschland" wird von einem Gutachter-Team unter Federführung von Professor Dr. Carlo Jaeger vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung und von Professor Dr. Eberhard Jochem vom Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung in Karlsruhe erarbeitet.

Nach der Studie führen die vom Bundeskabinett in Meseberg beschlossenen Maßnahmen zu einer Minderung der Treibhausgasemissionen von knapp 35% bis 2020 gegenüber 1990. Mit weiteren kosteneffizienten Maßnahmen, v. a. im Bereich Energieeffizienz, kann Deutschland sein Klimaschutzziel, die Emissionen um 40% bis 2020 zu senken, erreichen. Die Maßnahmen generieren zusätzliche Investitionen in Höhe von 30 Milliarden Euro pro Jahr und senken die Energiekosten bis 2020 um rund 20 Milliarden Euro jährlich. Beide Effekte zusammen führen dazu, dass mehr Wachstum und Beschäftigung entstehen.

Die Gutachter kommen in ihrer Studie zu folgenden zentralen Ergebnissen:

- Insgesamt reduzieren die Maßnahmen Energieimporte bis 2020 im Werte von rund 20 Milliarden Euro und bis 2030 von fast 35 Milliarden Euro pro Jahr.
- Durch das Klimaschutzprogramm steigen die Nettoinvestitionen um über 30 Milliarden Euro pro Jahr. Das Bruttoinlandsprodukt liegt im Jahresdurchschnitt bis 2030 um mehr als 50 Milliarden Euro über dem Niveau, das ohne Klimaschutzmaßnahmen erreicht würde. Gesamtwirtschaftlich führen das Meseberg-Paket und die weiteren Maßnahmen also zu mehr Wachstum.
- Es entstehen bis 2020 in Deutschland mindestens 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze, im Jahr 2030 können es über 800.000 Stellen sein.
- Durchschnittlich führt jede vermiedene Tonne CO<sub>2</sub> zu Einspareffekten von 24 Euro ("negative Vermeidungskosten").

Nach einer neuen wissenschaftlichen Untersuchung im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes arbeiteten 2006 laut Schätzung fast 1,8 Millionen Menschen im Bereich des Umweltschutzes. Das ist ein neuer Höchststand. Damit waren 4,5 Prozent aller Arbeitsplätze vom Umweltschutz abhängig, 2004 ging man noch von 3,8 Prozent aus. Diese Entwicklung geht vor allem auf den starken Beschäftigungszuwachs bei den erneuerbaren Energien, wachsenden Exporten deutscher Umwelttechnik und zusätzlichen Arbeitsplätzen bei den umweltorientierten Dienstleistungen zurück.

Weitere Informationen:

- [Zwischenergebnisse der Studie "Investitionen für ein klimafreundliches Deutschland" und das Hintergrundpapier zur Konferenz](#) - [Bild von der Konferenz](#)

© Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)